

Kiel, 28.09.01

**Landtag  
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

**Jürgen Weber zu TOP 30:**

## **Zukunft der Lehrerbildung**

In seltener Einmütigkeit hat die KMK im Oktober 1999 den Abschlussbericht ihrer Kommission zu den „Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland“ beschlossen. Das konnte wohl deswegen gelingen, weil lediglich Reformen vorgeschlagen wurden, die sich innerhalb der bestehenden Systeme der Lehrerausbildung in den Ländern bewegen. Trotzdem ist dieser Bericht wichtig für unsere Diskussion, denn er weist auf die wichtigsten Handlungsbedarfe hin.

Die Lehrerausbildung in Deutschland ist - auch im internationalen Vergleich - von hoher fachlicher Qualität. Dem steht ein deutlicher Mangel an pädagogischer und didaktisch-methodischer Qualifikation gegenüber, was vor allem die Lehrkräfte selbst so empfinden. An den Universitäten ist die Vermittlung von fachlichem Wissen noch viel zu wenig verbunden mit pädagogischen Inhalten. Das gilt in besonderem Maße für die Gymnasiallehrausbildung.

In der Lehrerbildung werden sich künftig wichtige Veränderungsprozesse von Gesellschaft und Schule niederschlagen müssen:

- der Wandel von Kindheit und Jugend
- der Wandel im System der Arbeit und Berufe

- die Rolle neuer Medien und Informationstechnologien
- und die wachsende Bedeutung lebenslangen Lernens.

Es müssen stärker Bereiche Berücksichtigung finden wie

- der Umgang mit neuen Medien
- interkulturelles Lernen
- und Orientierung von Schule auf Europa.

Die Lehrerbildung kann sich nicht ausschließlich auf den Aspekt der Qualifizierung für das Unterrichten beschränken. Sie muss die Komplexität der Lehrertätigkeit einbeziehen, die neben dem Unterricht auch Aufgaben der Erziehung, des Beurteilens und Evaluierens und der Weiterentwicklung der eigenen Kompetenz sowie der Schule als System beinhaltet.

Die Herausforderungen sind leicht beschrieben: Sozialer Wandel, gestiegene Anforderungen, internationaler Wettbewerb einerseits und knappe öffentliche Finanzressourcen und Nachwuchsprobleme andererseits müssen in Einklang gebracht werden. Deswegen ist es sehr zu begrüßen, dass die Landesregierung die Lehraus-, -fort- und -weiterbildung auf den Prüfstand gestellt hat. Die von der Ministerin eingesetzte Fachkommission „Weiterentwicklung der Lehrerbildung und der Schule und Unterrichtsfachberatung“ hat am 12. März dieses Jahres ein umfängliches Gutachten zur Neustrukturierung des IPTS (Institut für Praxis und Theorie in der Schule) und der Lehrerbildung in Inhalt und Struktur vorgelegt.

Dieses Konzept geht davon aus, dass die veränderte Rolle von Schule und Lehrenden eine Anpassung von Strukturen und Inhalten der Lehrerbildung in der ersten Phase – also an den Hochschulen – und in der zweiten Phase – im Referendariat und im Studienseminar – zur Folge haben muss. Mit Recht hebt das Gutachten aber auch hervor, dass das alltägliche Lernen in der beruflichen Praxis und die inner- und außerschulische Fort- und Weiterbildung eigenständige Bestandteile der Lehrerausbildung sind. Diese drei Säulen der Lehrerbildung müssen stärker aufeinander-

der bezogen werden, statt, wie es bisher meist der Fall ist, unverbunden nacheinander absolviert zu werden.

Es ist hier nicht der Ort, das Kommissionsgutachten im Detail zu bewerten. Ich will hier nur einzelne Anregungen besonders hervorheben:

Es wird vorgeschlagen, an den Universitäten in Kiel und Flensburg eigene Zentren für Lehrerbildung und Unterrichtsforschung einzurichten.

Die Sicherung und Entwicklung der Unterrichtsqualität und der Qualifikation der einzelnen Lehrer soll Aufgabe jeder einzelnen Schule sein und ist untrennbar mit der Personalentwicklung verbunden.

Die universitäre und die postuniversitäre Ausbildung sollen organisatorisch auch personell stärker verzahnt werden. Die Funktion der Studienleiter soll gestärkt werden und grundsätzlich nur noch im Hauptamt ausgeübt werden.

Das Konzept der Kommission ist natürlich nicht unstrittig; besonders aus dem Bereich des IPTS gab es erhebliche Einwände.

Es war aber hier eine richtige Entscheidung der Ministerin, eine Sachverständige damit zu beauftragen, weitere Stellungnahmen zum Kommissionsbericht einzuholen und dem Ministerium Empfehlungen zu unterbreiten. Ein Blick auf den Landesbildungsserver ermöglicht jetzt einen Blick auf eine holzschnittartige Zusammenfassung der Stellungnahmen zu den Empfehlungen im einzelnen.

Ich hätte es für sinnvoll und angemessen erachtet, wenn wir als Parlamentarier uns mit dem Resultat der Einlassungen von Wissenschaftlern, Verbänden und Betroffenen intensiv hätten auseinandersetzen können, bevor wir hier über Anträge mit Detailforderungen beraten und abstimmen sollen. Wir alle wissen, dass diese Ergebnisse und ein Vorschlag der Landesregierung in Kürze vorgelegt werden sollen.

Nun könnte ich noch verstehen, dass es der Ehrgeiz der CDU ist, besonders schnell auszuwerten und uns etwas vorzulegen. Der Entschließungsantrag, der hier zur Beschlussfassung ansteht, ist aber lediglich die fast wortgleiche Kopie eines Papiers, das Herr de Jager schon Anfang Februar dieses Jahres der Presse vorgestellt hat.

Ein zukunfts- und tragfähiges Konzept für die Weiterentwicklung kann ohne eine umfassende Würdigung der Expertenvorschläge nicht beschlossen werden. Der CDU Antrag, der eine Mischung aus ganz vernünftigen Vorschlägen, aber auch aus Allgemeinplätzen und ideologischen Formeln wie dem starren Festhalten am Schulartenbezug in allen Ausbildungssegmenten ist, kann allenfalls zur weiteren Beratung in den Bildungsausschuss überwiesen werden.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass in allen lehrerausbildenden Hochschulen in Schleswig-Holstein ausgesprochen kreative und Erfolg versprechende Innovationen in Bildungs- und Unterrichtsforschung wie in der Qualifizierung der Lehrerbildung diskutiert bzw. geplant werden. Wir werden für unsere weiteren Beratungen also auf qualifizierte Grundlagen zurückgreifen können.